

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 43 (1996)
Heft: 11-12

Rubrik: BZS Info = OFPC Info = UFPC Info

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

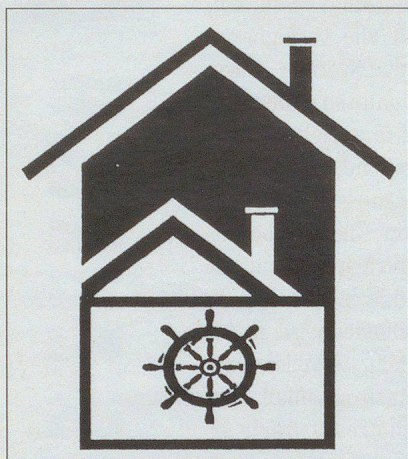
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Keine Überproduktion von Schutzplätzen

Steuerung des Schutzraumbaus

Grundsätzliches: Seit den sechziger Jahren werden in der Schweiz Schutzräume nach den technischen Weisungen des Bundes gebaut. Als Zielvorgabe soll jedem Einwohner in seinem Wohnbereich ein vollwertiger Schutzplatz zur Verfügung stehen. Zusätzlich werden für einen Teil der erwerbstätigen Bevölkerung Schutzplätze im Arbeitsbereich bereitgestellt. Bis zum Jahr 2010 soll dieses Ziel erreicht sein. Bereits heute darf festgestellt werden, dass in vielen Gemeinden ein hoher Prozentsatz an Schutzräumen vorhanden ist. Mit der Annäherung an den Sollzustand soll vermieden werden, dass eine Überproduktion an Schutzplätzen entsteht. Das Rezept, mit dem mögliche Fehlinvestitionen vermieden werden können, heisst «Steuerung des Schutzraumbaus».

Einige wenige Kantone, darunter der Kanton Zürich, welcher auf diesem Gebiet Pionierarbeit geleistet hat, wenden dieses Rezept schon seit einiger Zeit erfolgreich an.

Wo sind noch öffentliche Schutzräume nötig? Wann sind die Voraussetzungen erfüllt, dass der Schutzplatzbedarf gedeckt ist? Vor allem die letzte Frage muss uns in-

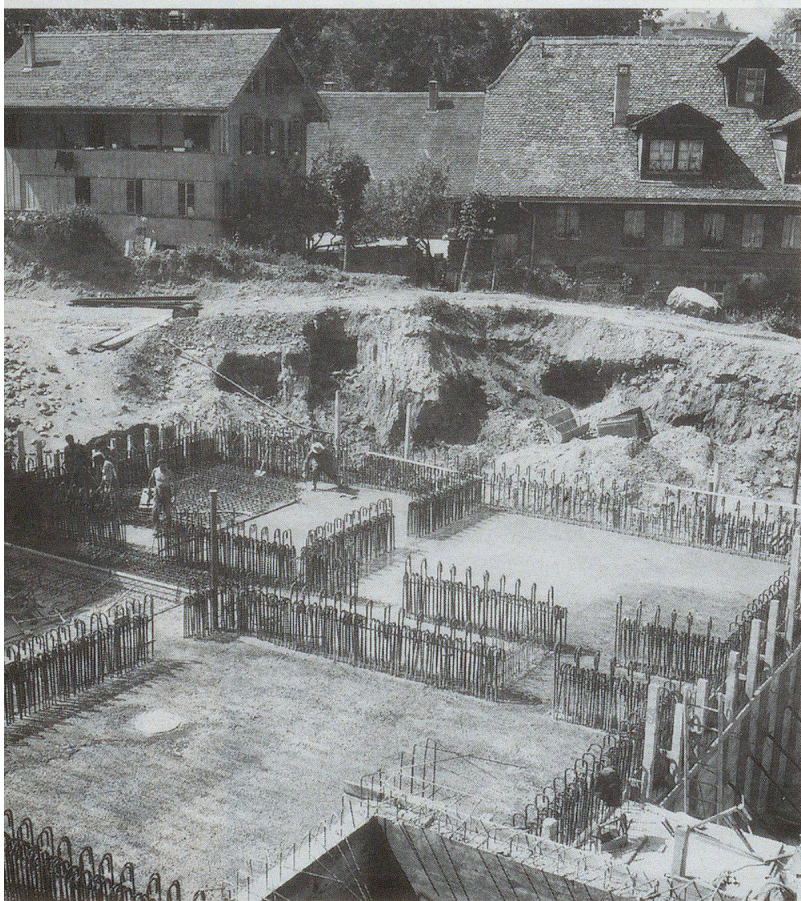


FOTO: BZS

Durch die Steuerungs-massnahmen sollen Gebiete mit einem Schutzplatzdefizit ermittelt werden, um bestehende Lücken gezielt schliessen zu können.

teressieren, haben doch Entscheide im Bereich der Schutzplatzproduktion finanzielle, materielle und rechtliche Folgen, die einen grossen Teil der Bevölkerung betreffen.

Damit diesbezügliche Entscheide rasch, transparent und bürgernah getroffen werden können, ist für den Vollzug in den Gemeinden und Kantonen ein einfaches Instrument erforderlich.

Bei genügend vollwertigen Schutzplätzen lassen die rechtlichen Grundlagen eine Herabsetzung der zu erstellenden Schutzplätze oder gar einen Verzicht zu.

Qualitative Einstufung der Schutzräume

Anlässlich der periodischen Schutzraumkontrolle in älteren Schutzräumen wird oft die Frage gestellt: Bietet dieser Schutzraum noch genügend Schutz? Es wäre volkswirtschaftlich nicht vertretbar, ältere Schutzräume, welche vor Inkrafttreten der technischen Weisungen für den privaten Schutzraumbau (TWP 1966) erstellt wurden und demzufolge den Anforderungen an Schutzzumfang und Schutzgrad nicht vollumfänglich genügen, abzuschreiben. Zahlreiche solche Schutzräume können meist mit geringen finanziellen Mitteln erneuert werden. Auf solche ältere, erneuerbare Schutzräume darf vor allem in Städten und grösseren Gemeinden, in denen noch ein Schutzplatzdefizit besteht, nicht verzichtet werden. Das Bundesamt für Zivilschutz hat darum bereits 1991 eine Weisung erlassen, welche die qualitative Einstufung bestehender Schutzräume umschreibt.

Die Durchführung der qualitativen Einstufung der Schutzräume ist eine Vorbedingung für die Planung der Steuerung des Schutzraumbaus.

Vorgehen bei der Steuerung des Schutzraumbaus

a) Festlegen der Beurteilungsgebiete

Um den Schutzraumbau gezielt steuern zu können, muss zunächst das ganze Gemeindegebiet in sogenannte Beurteilungsgebiete unterteilt werden. Die Gebietsgrenzen sind dabei so zu wählen, dass im Hinblick auf den Sollzustand eine gebiets-eigene Schutzplatzversorgung möglich wird. Gebiets-eigene Schutzplatzversorgung bedeutet in diesem Zusammenhang, dass im Sollzustand kein Schutzplatzausgleich über die Gebietsgrenzen hinaus mehr erforderlich ist. Dabei ist eine Fusswegdistanz von höchstens einem Kilometer zwischen der Wohnadresse des Schutzraumbenützers und dem Schutzraum zu berücksichtigen; 15 Meter Höhendifferenz

entsprechen dabei 100 Metern Fusswegdistanz.

Aufgrund der vorläufigen Schutzplatzbilanz im provisorisch festgelegten Beurteilungsgebiet werden die Gebietsgrenzen so oft und so weit verschoben, bis ein optimaler Ausgleich zwischen der Anzahl Einwohner und den verfügbaren Schutzplätzen erreicht ist. Wenn weitere Grenzverschiebungen keine Verbesserung mehr ergeben, sind die Beurteilungsgebiete optimal festgelegt.

Aus der Gegenüberstellung der Anzahl der ständigen Einwohner und der Anzahl vollwertiger Schutzplätze kann unter Berücksichtigung der allfälligen Entwicklung der Bautätigkeit sowie konkreter Bauvorhaben festgestellt werden, ob im Beurteilungsgebiet genügend Schutzplätze vorhanden sind. Auf diese Weise können die Steuerungsmassnahmen über eine längere Zeit beibehalten werden, ohne dass eine kurzfristige Überarbeitung notwendig wird.

b) Steuerungsmassnahmen

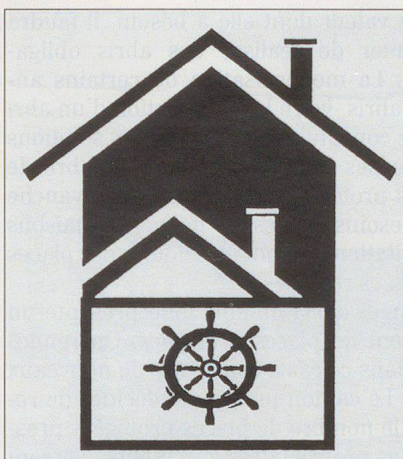
Aufgrund der Ergebnisse hat der Kanton zusammen mit der Gemeinde die Steuerungsmassnahmen pro Beurteilungsgebiet verbindlich festzulegen.

Verbleibt ein Defizit an vollwertigen Schutzplätzen für die Wohnbevölkerung, werden weiterhin Pflichtschutzräume erstellt. Allenfalls können bestehende Schutzräume, welche nicht den vorgeschriebenen Mindestanforderungen entsprechen, erneuert werden, oder der Bau eines öffentlichen Schutzraumes hilft, die noch bestehende Lücke zu schliessen. Ist der Schutzplatzbedarf gedeckt, so werden nur noch in neuen Wohnhäusern Pflichtschutzräume erstellt.

Weist das Beurteilungsgebiet einen Schutzplatzüberschuss aus, so ist auf eine weitere Schutzraum-Bautätigkeit zu verzichten. Der Kanton hat auch die Möglichkeit, die Anzahl der zu erstellenden Pflichtschutzplätze herabzusetzen. Der Hauseigentümer entrichtet für jeden nicht erstellten Schutzplatz den vom Kanton festgelegten Ersatzbeitrag.

Mit den Weisungen des Bundesamtes für Zivilschutz vom 8. August 1996, welche auf den 1. Januar 1997 in Kraft gesetzt werden, sowie mit der Unterstützung durch ein EDV-Programm steht den Kantonen und Gemeinden ein Instrument zur Verfügung, das eine effiziente und effektive Steuerung des Schutzraumbaus ermöglicht.

Im nächsten Informationsbulletin «Info Zivilschutz» Nr. 12, das voraussichtlich im April 1997 erscheint, wird das Bundesamt für Zivilschutz die Steuerung des Schutzraumbaus ausführlich erörtern. ▀



Pour éviter la réalisation
de places protégées excédentaires:

Gestion de la construction d'abris

Principes: La construction des abris en Suisse se fonde, depuis les années soixante, sur des instructions techniques édictées par la Confédération. L'objectif visé est le suivant: chaque habitant résidant en permanence en Suisse doit pouvoir disposer d'une place protégée de pleine valeur à proximité de son domicile; des places protégées doivent par ailleurs être disponibles sur les lieux de travail pour une partie de la population active. Cet objectif, à atteindre d'ici à l'année 2010, est actuellement en bonne voie de réalisation. Dans bien des communes en effet, le nombre d'abris réalisés à ce jour est élevé et rejoint à grands pas l'état réglementaire arrêté dans ce domaine. Il convient dès lors d'éviter que des places protégées ne soient réalisées en surnombre et de prévenir ainsi des investissements disproportionnés par rapport au but fixé. Une solution s'impose en l'occurrence. Elle a pour nom «gestion de la construction d'abris».

Quelques cantons, dont celui de Zurich, ont fait œuvre de pionniers en la matière. Ils gèrent effectivement la construction d'abris depuis un certain temps et se félicitent d'ores et déjà des résultats obtenus. Deux questions se posent d'emblée dans le contexte de la construction d'abris: Où a-t-on encore besoin d'abris? Quand peut-on considérer que les besoins en places protégées sont couverts? Ce dernier point ne peut manquer de nous intéresser, toute décision concernant la réalisation de places protégées impliquant forcément des retombées dans le domaine des investissements, du matériel et de l'application des dispositions légales.

Communes et cantons doivent donc disposer d'un instrument de gestion simple, pour pouvoir agir rapidement, en toute transparence et dans l'intérêt des citoyens. Lorsque le nombre de places protégées existantes est suffisant, les bases légales permettent de limiter la construction de nouvelles places protégées, voire de renoncer à la réalisation de nouveaux abris.

Classification qualitative des abris

Le contrôle périodique d'anciens abris conduit souvent à se demander si certains d'entre eux offrent encore une protection suffisante. Du point de vue économique, il est cependant peu judicieux de renoncer à des ouvrages qui ne répondent pas en tout

point aux exigences actuelles pour la seule et bonne raison qu'ils ont été construits avant la mise en vigueur des Instructions techniques pour la construction d'abris privés (ITAP 1966). Des mesures de modernisation dont le coût est relativement modeste suffisent dans la majeure partie des cas à maintenir ces ouvrages dans le réseau d'abris existant. Les villes et les communes d'une certaine importance, notamment celles dont le manque de places protégées devrait être compensé par la construction d'abris publics, ont donc tout intérêt à ne pas renoncer aux anciens abris. L'Office fédéral de la protection civile a ainsi édicté en 1991 des instructions permettant de classer les abris existants en fonction de leur valeur sur le plan de la protection.

La classification qualitative des abris constitue une condition préalable à toute planification en matière de gestion de la construction d'abris.

Procédure à suivre en matière de gestion de la construction d'abris

a. Définition de zones d'appréciation

Une gestion précise de la construction d'abris suppose que l'on subdivise le territoire de la commune en zones d'appréciation, l'objectif étant de couvrir intégralement les besoins en places protégées dans chacune de ces zones. Cette façon de procéder

n'exige plus que l'on compense les manques et les excédents de places protégées entre zones voisines. Le trajet à parcourir à pied du domicile jusqu'à l'abri ne doit par ailleurs pas excéder un kilomètre; à noter que 15 m de dénivellation équivalent à une distance horizontale de 100 m.

Chaque zone d'appréciation est, dans un premier temps, délimitée provisoirement. L'inventaire des places protégées permettra ensuite de moduler les limites des zones jusqu'à ce que l'on obtienne un rapport équilibré entre le nombre d'habitants et le nombre de places protégées disponibles. La délimitation est considérée comme optimale dès l'instant où la couverture globale en places protégées ne peut plus être améliorée.

La comparaison entre le nombre d'habitants permanents et le nombre de places protégées disponibles permet de déterminer si une zone offre suffisamment de places protégées. On veillera toutefois à prendre également en considération les projets immobiliers et les développements dans le secteur de la construction. La planification des mesures de gestion conservera ainsi sa validité à long terme.

b. Mesures de gestion

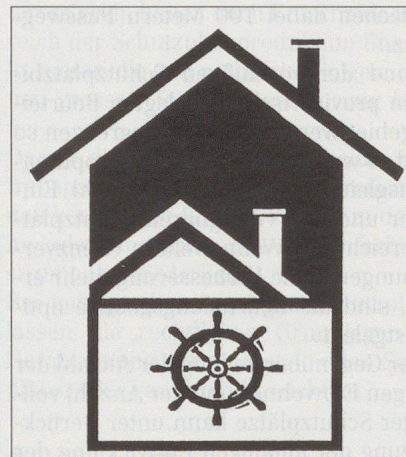
Il incombe au canton d'arrêter, en accord avec la commune, les mesures de gestion nécessaires à chaque zone d'appréciation. Si l'on constate que la population ne dispose pas de toutes les places protégées de

pleine valeur dont elle a besoin, il faudra continuer de réaliser des abris obligatoires. La modernisation de certains anciens abris, voire la construction d'un abri public constituent également des solutions judicieuses à cet égard. Si le nombre de places protégées correspond en revanche aux besoins, seules les nouvelles maisons d'habitation devront être dotées des places protégées requises.

Il se peut aussi qu'une zone présente un excédent de places protégées. On renoncera dans ce cas à construire de nouveaux abris. Le canton peut aussi décider de réduire le nombre de places protégées prescrit. Les propriétaires d'immeuble versent quant à eux la contribution de remplacement fixée par le canton pour toute place protégée obligatoire non réalisée.

Les Instructions de l'Office fédéral de la protection civile concernant la gestion de la construction d'abris du 8 août 1996, qui entreront en vigueur le 1^{er} janvier 1997, et un programme de gestion sur système informatique permettront aux cantons et aux communes de gérer la construction des abris efficacement et en toute connaissance de cause.

Dans son prochain bulletin «Info-Protection civile» numéro 12, qui paraîtra sauf imprévu au mois d'avril 1997, l'Office fédéral de la protection civile reviendra en détail sur cette question de gestion de la construction d'abris. ▢



Evitare una sovrapproduzione di posti protetti

Gestione della costruzione dei rifugi

Principi generali: A partire dagli anni sessanta in Svizzera i rifugi vengono costruiti giusta le istruzioni tecniche della Confederazione. Lo scopo prefisso è di mettere a disposizione di ogni abitante un posto protetto completo nel suo settore abitativo. Inoltre, per una buona parte della popolazione attiva, devono essere realizzati posti protetti nel settore lavorativo, obiettivo che deve essere raggiunto entro l'anno 2010. Già oggi si può constatare nei Comuni un'alta percentuale di posti protetti e, avvicinandosi allo stato regolamentare, è opportuno evitare una sovrapproduzione. La soluzione per escludere investimenti errati consiste nella «gestione della costruzione di rifugi».

Alcuni Cantoni, tra i quali quello di Zurigo, che in questo settore ha svolto un vero e proprio lavoro da pioniere, adottano già da tempo e con successo questa soluzione. Dove servono ancora rifugi pubblici? Quando sono soddisfatte le premesse, affinché sia coperto il fabbisogno di posti protetti? È soprattutto quest'ultima domanda ad interessarci, in quanto le decisioni prese nel settore della produzione di posti protetti hanno, per una buona parte della popolazione, conseguenze finanziarie, materiali o giuridiche. Affinché si possano prendere al riguardo decisioni rapide e chiare, che tengano con-

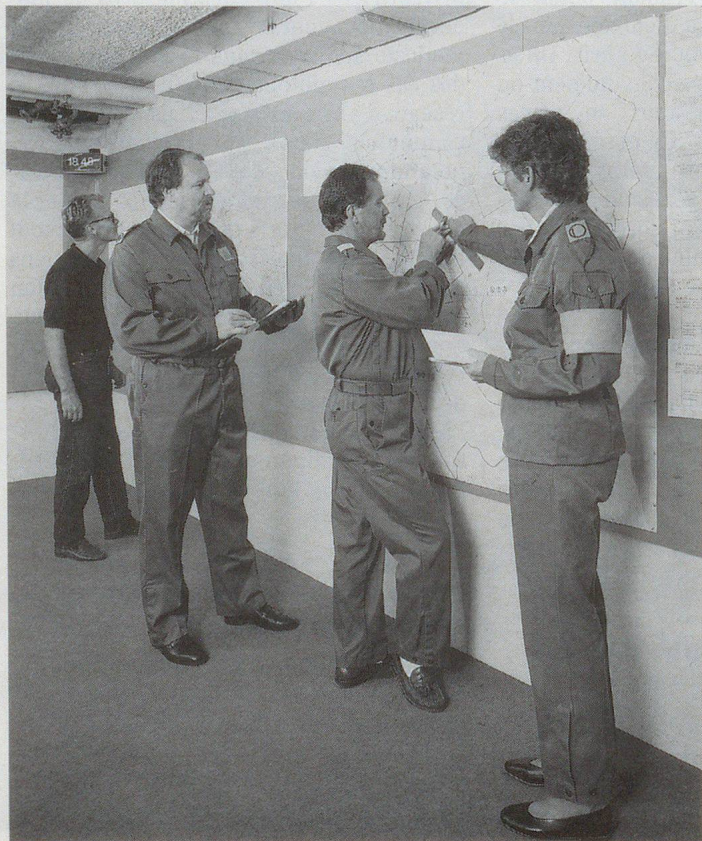


PHOTO: OFPC

Les zones d'appréciation sont délimitées sur le plan de la commune.

to delle esigenze del cittadino, è indispensabile disporre di uno strumento semplice per l'esecuzione nei Cantoni e nei Comuni. Se ci sono abbastanza posti protetti completi, le basi legali permettono di ridurre o addirittura rinunciare alla costruzione di nuovi posti.

Classificazione qualitativa dei rifugi

In occasione del controllo periodico dei rifugi di vecchia data, si pone spesso la domanda se quest'ultimi garantiscono ancora una protezione sufficiente. Dal punto di vista economico, sarebbe impensabile di eliminare i rifugi più vecchi, costruiti prima dell'entrata in vigore delle istruzioni tecniche per la costruzione dei rifugi privati (ITRP 1966), che di conseguenza non rispondono più integralmente alle esigenze concernenti il campo e il grado di protezione. Molti di questi rifugi possono essere rimodernati con un investimento moderato. Soprattutto nelle città e nei comuni più grandi, dove sussiste ancora un disavanzo di posti protetti, non bisogna rinunciare a questi rifugi. L'Ufficio federale della protezione civile ha dunque emanato già nel 1991, un'istruzione che tratta la classificazione qualitativa dei rifugi esistenti.

La classificazione qualitativa dei rifugi costituisce una premessa per la pianificazione della gestione della costruzione di rifugi.

Procedimento per la gestione della costruzione di rifugi

a) Delimitazione delle zone di valutazione
Per poter gestire la costruzione di rifugi adottando un programma ben preciso, occorre innanzitutto suddividere l'intero territorio comunale in cosiddette zone di valutazione. Esse vengono delimitate in modo tale che, conformemente allo stato regolamentare, sia possibile un proprio approvvigionamento di posti protetti, vale a dire che non sia più necessaria una compensazione oltre i confini delle singole zone. Lo stato regolamentare prevede che ad ogni abitante con dimora fissa venga messo a disposizione nelle vicinanze del suo domicilio un posto protetto in un rifugio completo. La distanza massima tra il domicilio dell'utente e il suo rifugio non deve superare il chilometro, tenendo conto che 15 metri di dislivello corrispondono a 100 metri di distanza.

Sulla base del bilancio dei posti protetti nella zona di valutazione provvisoria, i confini vanno spostati fintanto che non si ottenga uno stato d'equilibrio ottimale tra numero di abitanti e posti protetti disponibili. Le zone di valutazione saranno delimi-

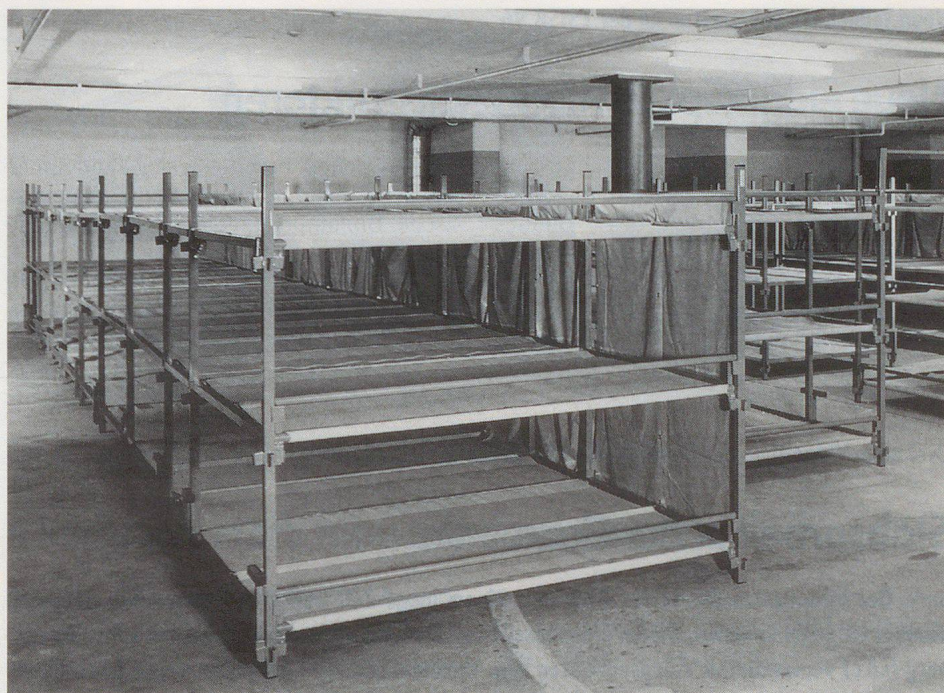


FOTO: UFPC

Lo svolgimento della classificazione qualitativa di tutti i rifugi costituisce una premessa fondamentale per la pianificazione della gestione.

tate in maniera ottimale al momento in cui non sarà possibile migliorare tale equilibrio spostandone i confini.

Confrontando il numero d'abitanti con dimora fissa e quello dei posti protetti completi, si può valutare, tenendo conto anche della potenziale evoluzione dell'attività edilizia, nonché dei progetti di costruzione concreti, se nelle zone di valutazione vi sono sufficienti posti di protezione. In questo modo le misure di gestione per la costruzione di rifugi rimarranno valide per un periodo prolungato e non sarà necessario adattarle già dopo poco tempo.

b) Misure di gestione per la costruzione di rifugi

In base ai risultati, i Cantoni devono determinare, in collaborazione con i Comuni, misure di gestione imperative per la costruzione dei rifugi per ogni zona di valutazione.

Se rimane un disavanzo di posti protetti completi per la popolazione residente, verranno costruiti ulteriori rifugi obbligatori. Eventualmente è possibile rinnovare i rifugi esistenti che non rispondono alle esigenze minime richieste, oppure rimediare alle lacune ancora esistenti con la costruzione di un rifugio pubblico. Se il fabbisogno di posti protetti è coperto, vengono creati rifugi obbligatori soltanto nelle case d'abitazione nuove.

Se nella zona di valutazione si constata un'eccedenza di posti protetti, bisogna astenersi dalla costruzione di altri rifugi. Il Cantone ha pure la possibilità di ridurre il numero di rifugi obbligatori che devono es-

sere realizzati. Il proprietario della casa versa un contributo sostitutivo, stabilito dal Cantone, per ogni posto protetto non costruito.

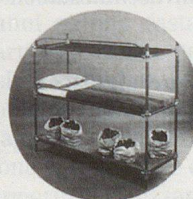
Con le istruzioni emanate dall'Ufficio federale della protezione civile dell'8 agosto 1996, che entreranno in vigore il prossimo 1° gennaio, e grazie anche all'appoggio di un programma EED, vien messo a disposizione di Cantoni e Comuni uno strumento per una gestione efficiente ed effettiva della costruzione di rifugi.

Nel prossimo bollettino informativo «Info protezione civile» n° 12, che uscirà probabilmente nell'aprile 1997, l'Ufficio federale della protezione civile illustrerà la gestione della costruzione di rifugi. ▢

marcmetal



Per il vostro rifugio



Rimodernamento
secondo
ITR

Serramenti
Ventilazioni
Arredamento
secondo
ITRP / ITRS

6807 Taverne TI
Zona Industriale
Tel. 091-945 31 41
Fax 091-945 28 74

Neun Teilnehmer reüssierten an der ZSISB 96

Neue eidg. dipl. Zivilschutzinstructoren

JM. Das Bundesamt für Zivilschutz hat dieses Jahr zum zweiten Mal die Zivilschutzinstructorenschule des Bundes (ZSISB) durchgeführt, und zwar vom 26. Februar bis zum 10. Oktober. Während dieser 24wöchigen anspruchsvollen Ausbildung, gegliedert in 3 Blöcke

zu je 8 Wochen, bereiteten sich Teilnehmer aus der ganzen Schweiz auf die eidgenössische Diplomprüfung für hauptamtliche Zivilschutzinstructoren vor. An der Diplomfeier vom 10. Oktober 1996 konnte das begehrte Diplom den folgenden Herren mit herzlicher Gratulation und den

besten Wünschen für die Zukunft überreicht werden:

Chaignat Laurent	BE
Danuser Patrik	GR
Ebner Dominik	BS
Fässler Frank	BZS
Glanzmann Theodor	LU
Imboden Urs	NW
Kissling Pius	SO
Schäfer Jürg	BZS
Wüthrich Hanspeter	AG

Drei neue Videofilme des Bundesamtes für Zivilschutz (BZS)

Stabsarbeit in der Gemeinde

amk. Der Informationsdienst des BZS kann einem lange Zeit von Zivilschutzkadern gehegten Wunsch entgegenkommen. Die im Eidgenössischen Zivilschutz-Ausbildungszentrum Schwarzenburg (EAZ) verwendeten Videosequenzen zum Thema «Führung – Stabsarbeit» sind nun für jedermann zugänglich; sie eignen sich für die Ausbildung von Zivilschutzstäben und Gemeindeführungsorganen. Die zwei verschiedenen Ereignissen Rechnung tragenden Videofilme sind in Deutsch sofort erhältlich, in Französisch ab Dezember, in Italienisch ab April 1997. Sie können beim Bundesamt für Zivilschutz, Video- und Filmdienst, 3003 Bern, schriftlich mit dem Formular im Filmkatalog bestellt werden.

Inhaltsangabe der drei Filme

Führung – Stabsarbeit

(Katastrophen- und Nothilfe)

(13,5 Minuten)

Video-Nr. V50/01

Ein äusserst heftiges Gewitter führt in der Gemeinde zu grossen Überschwemmungen. Das Video zeigt das vom Feuerwehrkommandanten aufgebotene Gemeindeführungsorgan bei einer ersten Lagebeurteilung und die Auftragserteilung des Stabschefs an die Ressortchefs im Gemeindeführungsorgan. An einem Rapport erteilt der Chef der Zivilschutzorganisation erste Aufträge an seine Dienstchefs, welche die Probleme in Einzelarbeit oder in Arbeitsgruppen bearbeiten respektive erledigen.

Das Video eignet sich zur Unterstützung der Stabsausbildung von Gemeindeführungsorganen und Zivilschutzstäben.

Führung –

**Stabsarbeit bei Schadenereignissen
ab Anordnung des Schutzraumbezugs**

(Aktivdienst)

(8,50 Minuten)

Video-Nr. V50/02

Während des Schutzraumaufenthaltes kommt es in der Nacht über dem Gemeindegebiet zu einer Flugzeugkollision. Herabfallende, brennende Trümmer und Lasten führen zu einer grossräumigen

Schadenlage. Das Video zeigt, dass im Kommandoposten dank einer gut organisierten Nachrichtenbeschaffung bereits nach kurzer Zeit ein aussagekräftiges Schadenlagebild zur Verfügung steht. Das eingespielte Vorgehen der Arbeitsgruppe Ersteinsatz zur Beurteilung der Lage ermöglicht dem Chef der Zivilschutzorganisation, einen zeit- und fachgerechten Einsatzentscheid zu fällen.

Das Video eignet sich zur Unterstützung der Schulung der Arbeitsgruppe Ersteinsatz.

Führung – Stabsreport

(Aktivdienst)

(9 Minuten)

Video-Nr. V50/03

Während des Schutzraumaufenthaltes kommt es in der Nacht über dem Gemeindegebiet zu einer Flugzeugkollision. Herabfallende, brennende Trümmer und Lasten führen zu einer grossräumigen Schadenlage. Im Anschluss an die Befehlsgebung für den Ersteinsatz der Rettungs- und Feuerwehrformationen muss der gesamte Stab der Leitung der Zivilschutzorganisation orientiert werden. Das Video zeigt den zu diesem Zweck einberufenen Rapport. Das Video eignet sich zur Unterstützung der Stabsausbildung von Gemeindeführungsorganen und Zivilschutzstäben, insbesondere im Bereich Rapportführung. ■

Trois nouveaux films vidéo de l'Office fédéral de la protection civile (OFPC)

Travail d'état-major dans les communes

amk. Le service d'information de l'OFPC est désormais en mesure de répondre à un vœu que les cadres de la protection civile ont émis de longue date. Chacun pourra en effet se procurer trois séquences vidéo que le centre d'instruction de la protection civile à Schwarzenburg utilise pour illustrer le thème de la conduite et du travail d'état-major. Ces films, qui se prêtent en particulier à l'instruction des états-majors de la protection civile et des organes de conduite communaux, portent sur deux types d'événements. Leur version en allemand est disponible dès maintenant. Quant aux versions en français et en italien, elles sortiront la première en décembre et la seconde en avril 1997. Pour toute commande, veuillez utiliser la formule insérée dans les pages du catalogue des films et l'adresser à l'Office fédéral de la protection civile, Service des films et cassettes vidéo, 3003 Berne.

Résumé des trois films

Conduite – Travail d'état-major

(Aide en cas de catastrophe et secours urgents)

(13,5 minutes)

Numéro de vidéo V 50/01

Un orage particulièrement violent a causé de graves inondations dans la commune. Le film montre l'organe communal de conduite convoqué par le commandant des sapeurs-pompiers en train de procéder à une première appréciation de la situation et le chef de l'état-major répartissant les missions entre les chefs de ressort au sein de

l'organe communal de conduite. Lors d'un rapport, le chef de l'organisation de protection civile attribue les premières missions à ses chefs de service, qui seront chargés de traiter et, le cas échéant, de résoudre les problèmes à titre individuel ou dans des groupes de travail.

Ce film constitue un moyen didactique particulièrement bien approprié à la formation des états-majors communaux de conduite et des états-majors de la protection civile.

Conduite – Travail d'état-major lors d'événements dommageables, à partir du moment où l'ordre d'occuper les abris a été donné

(Service actif)
(8,50 minutes)

Numéro de vidéo V 50/02

Pendant le séjour dans les abris, il s'est produit dans la nuit une collision d'avions au-dessus du territoire de la commune. La chute de débris en flammes provenant des avions et de leur chargement cause des dégâts considérables sur une large superficie.

Grâce à la bonne organisation de la recherche de renseignements, le poste de commandement a pu disposer en peu de temps d'un aperçu très parlant des dégâts. Une procédure, bien rodée, mise au point par le groupe de travail de «première intervention» pour apprécier la situation, permet au chef de l'organisation de protection civile de prendre rapidement la décision appropriée.

Ce film constitue un excellent moyen didactique à utiliser dans le cadre de l'instruction du groupe de travail de «première intervention».

Conduite – Rapport d'état-major

(Service actif)
(9 minutes)

Numéro de vidéo V 50/03

Pendant le séjour dans les abris, il s'est produit dans la nuit une collision d'avions au-dessus du territoire de la commune. La chute de débris en flammes provenant des avions et de leur chargement cause des dégâts considérables sur une large superficie. Les formations de sauvetage et de lutte contre le feu ont reçu l'ordre de lancer la première opération de secours. Il faut maintenant informer les membres de l'état-major de la direction de l'organisation de protection civile. Le film présente le déroulement du rapport convoqué à cet effet.

Ce film se prête parfaitement à la formation des états-majors communaux de conduite et des états-majors de protection civile, notamment en ce qui concerne l'organisation de rapports. ■



PHOTO: BZS/OFPC/UFPC

I tre nuovi filmati dell'Ufficio federale della protezione civile (UFPC)

Il lavoro di stato maggiore nel Comune

Il servizio d'informazione dell'UFPC è in grado di soddisfare un desiderio di vecchia data dei quadri della protezione civile. I filmati utilizzati nel centro d'istruzione federale della protezione civile di Schwarzenburg (CIF), sul tema condotta-lavoro di stato maggiore, per l'istruzione degli stati maggiori della protezione civile e gli organi comunali di condotta, sono ora accessibili a tutti. I due filmati che trattano avvenimenti diversi sono ottenibili da subito in tedesco, a partire da dicembre in francese, e dall'aprile 1997 in italiano. Si possono ordinare per iscritto compilando l'apposito modulo nel catalogo dei film e dei video presso l'Ufficio federale della protezione civile, servizio film e video, 3003 Berna.

Indicazioni concernenti i tre filmati

Condotta – Lavoro di stato maggiore

(Aiuto in caso di catastrofi e altre situazioni d'emergenza)
(13,5 minuti)

Video n. V50/01

Un violento temporale provoca gravi inondazioni nel comune. Il video illustra diverse fasi del lavoro di stato maggiore. L'organo comunale di condotta, riunitosi dopo la chiamata del comandante dei pompieri, esegue una prima valutazione della situazione. Il capo dello stato maggiore conferisce gli incarichi ai responsabili dei singoli settori dell'organo comunale di condotta. In occasione di un rapporto, il capo dell'organizzazione di protezione civile assegna i primi compiti ai suoi capiservizio, i quali li svolgono da soli o in gruppo.

Il filmato si presta come sussidio per istruire gli organi comunali di condotta e gli stati maggiori della protezione civile. ■

Condotta – Lavoro di stato maggiore in caso di sinistri a partire dal momento dell'occupazione dei rifugi

(Servizio attivo)
(8,5 minuti)

Video n. V50/02

Durante il soggiorno nei rifugi, si produce in piena notte uno scontro aereo sopra il territorio comunale. Le macerie in fiamme che cadono dal cielo provocano gravi danni su una vasta area.

Il video mostra che grazie ad una raccolta di informazioni ben organizzata è possibile disporre già entro poco tempo di un quadro dei danni abbastanza eloquente. Nel posto di comando, il gruppo di lavoro «primo intervento» adotta un procedimento ben orchestrato per valutare la situazione, permettendo al capo dell'organizzazione di protezione civile di prendere tempestivamente una decisione idonea in merito all'intervento. Il filmato si presta come sussidio per istruire il gruppo di lavoro primo intervento.

Condotta – Rapporto di stato maggiore

(servizio attivo)
(9 minuti)

Video n. V50/03

Durante il soggiorno nei rifugi, si produce in piena notte uno scontro aereo sopra il territorio comunale. Le macerie in fiamme che cadono dal cielo provocano gravi danni su una vasta area. Una volta impartiti gli ordini per il primo intervento delle formazioni di salvataggio e dei pompieri, occorre informare l'intero stato maggiore della direzione dell'organizzazione di protezione civile. Il video mostra il rapporto organizzato a questo scopo.

Il filmato si presta come sussidio per istruire gli organi comunali di condotta e gli stati maggiori della protezione civile, in particolare nell'ambito della conduzione di un rapporto. ■